

# Netzwerk

**Markt verschärft** Beibehaltung der Sozialabgaben gefördert  
**St mit Stagnation** Die Deutsche Arbeitsplätze auf  
**lassen sparen** Mehr Menschen leben von Sozialhilfe  
**Miete, Lebensmittel** müssen für so etwas arbeiten?  
**Autonome Verteilung des Mangels**  
**Polnische Giftküche**  
**Ab 15. Semester** 5 000 Mark Studiengebühr?  
**Schon nach Ost** **Überall** **Jobs vernichtet**  
**die Kranken** **SPR**  
**abkassieren** Streit mit Seehof  
**zahlen ab**

Rundbrief



1 / 97



Liebe Mitglieder,

Abbau von Sozialleistungen, steigende Sozialabgaben, Kürzung von Mitteln zur Arbeitsförderung, marodes Rentensystem, Sozialstaat am Ende: Nachrichten wie diese gehören inzwischen zur täglichen Zeitungslektüre, ..., wenn man sich die noch leisten kann.

Die Eingriffe ins soziale Netz werden immer zahlreicher, gleichzeitig steigen die Arbeitslosenzahlen, und immer mehr Menschen geraten in die Abhängigkeit von Sozialhilfe. Auch bei der Netzwerkarbeit zeigen sich Auswirkungen der neuen Rahmenbedingung, unter der selbstbestimmtes Handeln in Projekten und politischen Initiativen abläuft, und die Beratungsarbeit bei „leeren Kassen“ ändert sich.

Wir wollen auf der Vollversammlung das Thema „Sozialabbau“ behandeln und halten dabei folgende Fragen für diskussionswürdig:

Wer „gewinnt“ an diesem Umbau und ist diese Entwicklung von der Mehrheit der Bevölkerung gewollt? Wie müssten Initiativen aussehen, die die Entwicklung stoppen und umdrehen können? Welche Bündnisse sind hierbei außerhalb der Parteienlandschaft denkbar und notwendig?

Zur Einstimmung wird Manfred Geiger (ISO-Institut Saarbrücken und Netzwerkmitglied) ein Kurzreferat über „Armutsrisiken und Sozialpolitik“ halten.

Auch wenn wir zu den meisten Fragen bislang keine (ausreichenden) Antworten haben, wollen wir die Entwicklung gemeinsam diskutieren und sehen, ob sich nicht gemeinsame Taten anbieten.

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es...

Die Netzwerkgruppen

## Einladung zur Vollversammlung

am Mittwoch, !!!  
den 23. April 1997  
um 20.00 Uhr

Im Versammlungsraum des Kultur- und Werkhof  
Nauwieserstraße 19, Saarbrücken



## Tagesordnung:

1. Diskussion: was tun gegen Sozialabbau?
2. Wahlen
  - 2.1 Wahl der Kassenprüfer
  - 2.2 Wahl des Vorstandes
  - 2.3. Wahl des Beirates
3. Anträge
  - 3.1. Mutter Erde
  - 3.2 Antifaschistische Nachrichten Saar
  - 3.3 Koordinationskreis gegen Castor
4. Verschiedenes



Inhalt:	Seite
was tun gegen Sozialabbau?	4
Verarmungsrisiken und Sozialpolitik	5
Antrag Mutter Erde	8
Antrag Antifaschistische Nachrichten Saar	9
Antrag Koordinationskreis gegen Castor	11
Protokoll VV vom 13.11.1996	12
Jahresabschluß 1996	14



## das Diskussionsthema was tun gegen Sozialabbau?

An dem Thema Sozialabbau kann man und frau kaum mehr vorbei; entweder als Betroffene direkt konfrontiert oder zumindest in der Verfolgung des politischen Zeitgeschehens. Widerstand gegen diese Entwicklung ist kaum auszumachen und eine „Bewegung“, die parteiunabhängig der stattfindenden Umverteilung von unten nach oben etwas entgegenzusetzen würde, fehlt. In den Netzwerkgruppen haben wir uns vorstellen können, daß Interesse an Information und Austausch zu diesem Thema auch dann vorhanden ist, wenn wir keine Patentlösungen anzubieten haben. Zur Einstimmung folgt eine Einführung in die Zusammenhänge sowie ein Artikel unseres Mitglieds Manfred Geiger, der sich mit Verarmungsrisiken und Sozialpolitik beschäftigt.

Spätestens seit Anfang der 90er Jahre sind wirtschaftspolitische Konzepte Regierungspolitik, bei denen sich neoliberale Vorstellungen immer deutlicher durchgesetzt haben. Eine der gängigen Argumentationen - verbunden mit dem Schlagwort "Globalisierung" - lautet, der Kapitalismus agiere zunehmend weltweit und damit deutsche Unternehmen konkurrenzfähig bleiben können, müssen die Arbeitskosten gesenkt werden. Dies dient als Begründung für vielfältige Kürzungen sozialer Leistungen und den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten. Diese Maßnahmen werden als Sozialabbau bezeichnet.

Das Schlagwort Globalisierung suggeriert, daß alle Unternehmen jederzeit überall auf der Welt produzieren und verkaufen können und dabei in einem scharfen (Kosten-)Wettbewerb stehen. Bekannte deutsche Konzerne weisen gleichzeitig Rekordgewinne aus und entlassen ihre ArbeitnehmerInnen. Dazu einige Beispiele (jeweils Gewinn in Milliarden DM 1996, Entlassungen seit 1990)

Daimler Benz:	2,887.000 Beschäftigte
BASF:	2,8 28.000 Beschäftigte
Höchst:	5,3 37.000 Beschäftigte
VW:	0,68 20.000 Beschäftigte

Die Firma Siemens hat 1996 2,6 Mrd DM Gewinn ausgewiesen und dafür gar keine Gewinnsteuer mehr in Deutschland gezahlt, in einem global agierenden Unternehmen anscheinend kein Problem. Zum Wohle der Aktienbesitzer wird argumentiert, daß der Arbeitsplatzabbau ohne eine auch zukünftig deutliche Absenkung der Lohnkosten

Einen herzlichen  
Grüß auch an alle  
Arbeitslosen, die heute  
im Kinderprogramm  
zu uns gestoßen  
sind.





»Tut mir leid, aber wenn ich Ihnen jetzt einen halben Tag freigebe, dann müßte ich das ja mit jedem machen, der einen Herzanfall hat.«

verteilung von Reichtum im Gange. Die Verteilung von arm und reich verschiebt sich zugunsten der Reichen, wie in der Vermögensstatistik nachzulesen ist. Ergebnis des derzeit stattfindenden (und weitergehenden) Sozialabbaus ist eine Nivellierung nach unten.

Darüber hinaus sollten bei dem Starren auf die sog. Gefahren der Globalisierung die weltweiten Ausbeutungsstrukturen nicht gänzlich vergessen werden. Die Marginalisierung und Verelendung ganz Afrikas wird weiter hingenommen.

Wünschenswert wäre eine Diskussion über Initiativen, die den Sozialabbau stoppen und eine solidarischere Entwicklung initiieren wollen.

weitergehen wird und im Ausland billiger produziert werde.

Ist diese Entwicklung unaufhaltbar und die Politik machtlos? Für viele Branchen und Betriebsgrößen ist die angeführte Argumentation schon allein aufgrund ihrer Produktions- und Vertriebsorganisation nicht zutreffend. Außerdem sind viele Faktoren wie Infrastruktur und Rechtssicherheit bei der Wahl des Standortes wichtig, weswegen die Reduzierung der Argumentation nur auf die Arbeitskostenvorteile falsch ist. Zudem muß gefragt werden, ob Unternehmen, die bei Milliarden Gewinnen gleichzeitig Arbeitsplätze abbauen, durch den Staat durch eine Senkung der Steuern belohnt werden müssen. Steuerpolitik kann die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen fördern oder auch nicht.

Hier am vielbeschworenen Standort Deutschland ist eine beispiellose Um-

Manfred Geiger

21.3.97

## Verarmungsrisiken und Sozialpolitik (Thesen)

Bis in die 80er Jahre galt Armut in der bundesrepublikanischen Wohlstandsgesellschaft als schwindendes Restrisiko. Mittlerweile haben wir auch hier eine Wende zu konstatieren. Die Saarländische Armutskonferenz bringt es plakativ auf den Punkt: "Die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer zahlreicher".

Die moderne Armut unserer Zeit hat viele Gesichter. Verschämte und unvereschämte, verhärmte und resignierte. Politisch aufmüßige sieht man seltener. Die Armut in unserer Gesellschaft hat mit Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zu tun, mit dem Desaster der Verschuldung, mit Krisen, die in der Per-



son liegen, mit Vereinsamung und Ver-  
einzelung, mit destruktiven Beziehun-  
gen im sozialen Nahraum. Armut läßt  
sich allerdings selten monokausal auf  
einen dieser Faktoren zurückführen. Sie  
läßt sich nur schwerlich definitorisch  
abgrenzen und empirisch bestimmen.  
Die Frage, wann die gesellschaftlich zu  
akzeptierende Ungleichheit aufhört und  
die Armut anfängt, ist notwendiger-  
weise ein Politikum und daher umstrit-  
ten. Das gilt insbesondere wenn es um  
die relative Not in einer Wohlstandsgesellschaft geht, in der ja bekanntlich  
niemand mehr hungern muß.

Aber auch ohne eine präzise Antwort  
auf die Frage zu haben, wie groß denn  
nun die Anzahl der Armen in unserer  
Gesellschaft ist, bleibt festzuhalten,  
daß die Verarmungsrisiken steigen. Die  
Zahl der Menschen, die in offensichtlich  
nicht mehr hinreichendem Maße an den  
"normalen", an den "natürlichen"  
Selbstdisziplinierungs-mechanismen  
unserer Gesellschaft - dem Arbeits-

markt, den arbeitsweltbezogenen Sozi-  
alversicherungssystemen, einer stüt-  
zenden Familie oder anderen in diesem  
Sinn wichtigen Sozialverbänden - teil-  
haben, wächst. Und mit ihnen die Zahl  
derer, die auf subsidiäre Sicherung an-  
gewiesen sind; materiell, in zunehmen-  
dem Maße aber auch unter dem Ge-  
sichtspunkt einer ersatzweisen Einbin-  
dung in Lebensweltzusammenhänge.

Aber auch das System der sozialen Si-  
cherung ist in die Krise geraten.  
"Schlanke Betriebe" - das geht nur  
durch Externalisierung von Kosten. Das  
schließt die Ausgrenzung der weniger  
Produktiven ein, die dann um so mehr  
auf Sozialleistungen angewiesen sind.  
Die Beanspruchung des Sozialstaates  
wächst, aber zugleich soll auch er  
selbst schlanker werden! Schließlich ist  
auch er in den Zwängen der Haushalts-  
konsolidierung gefangen.

Einerseits wird es also für eine immer  
größer werdende Anzahl von Menschen  
schwieriger, sich ohne sozialstaatliche  
Hilfe zu reproduzieren, andererseits  
aber erfolgt ein systematischer, auf al-  
len Ebenen und in tendenziell allen Be-  
reichen ansetzender Abbau von Sozial-  
leistungen. Um so unmittelbarer und  
folgenträchtiger sind die einzelnen den  
Marktgesetzen ausgesetzt, die ihrer-  
seits - auch das ist in aller Munde - in  
zunehmendem Maße von den Zwängen  
globalisierter Unternehmenspolitik dik-  
tiert werden.

In dieser Situation zeichnen sich in der  
Diskussion über den gesellschaftlichen  
Umgang mit Verarmungserscheinungen  
und -risiken zwei grundlegende Politik-  
muster ab. Das eine zielt auf eine wie  
auch immer geartete Minderung bzw.  
restriktive Handhabung der Soziallei-  
stungen, die, insofern z.B. die Hilfe zum  
Lebensunterhalt tangiert ist, letztlich  
auch die Haushalte der Kommunen ent-  
lasten soll. Damit einher geht - und das





ist ein durchaus beabsichtigter Nebeneffekt - eine Verschärfung des sozialen Drucks auf die (potentiellen) Hilfeempfänger, die ihre Anstrengungen, auch ohne öffentliche Unterstützung über die Runden zu kommen, tunlichst forcieren sollten. Das andere Politikmuster betont die Bedeutung der sozialen Sicherungssysteme gerade in der Krise. Die der Sozialhilfe vorgelagerten Sicherungssysteme sollten wieder in die Lage versetzt werden, einen größeren Teil der allgemeinen Lebensrisiken aufzufangen, so daß diese gar nicht erst bis hin zur Sozialhilfebedürftigkeit eskalieren.

In der Konsequenz des zuerst genannten Politikmusters bedeutet "Umbau des Sozialstaates" schlichtweg Abbau. Der findet zur Zeit allerorten statt. In der Konsequenz des zweiten Politikmusters liegt zunächst die Prolongierung

oder gar Erweiterung des gegenwärtigen Sozialstaatsmodells nahe. Damit spitzt sich die Frage der Refinanzierung zu. Zumal die hierfür entscheidende Säule, die lohnbezogene Sozialabgabe, immer poröser wird. Insofern scheint es unausweichlich, auch die im Vorfeld der Sozialstaatsdiskussion angesiedelten Grundfragen zu thematisieren: die Verteilung von Arbeit, von ökonomischem und sozialem Engagement, von wirtschaftlichem, finanziellem und sozialem Kapital. Und damit steht zugleich die Frage nach der Ausgleichsfunktion, der Legitimierung und Macht der dazu notwendigen Instanzen im Raum.

Die damit angesprochenen Grund- und Systemfragen bedürfen sicherlich einer zentralstaatlichen Regelung. Aber auch unterhalb dieser Ebene kann die gesellschaftlich organisierte und nicht nur dem einzelnen überlassene Erschließung von Existenzmöglichkeiten, die ein Leben ohne Sozialhilfeabhängigkeit ermöglichen, vorangetrieben werden. Zum Beispiel mit Blick auf

- den Ausbau und die konzeptionelle Entwicklung eines öffentlich gefördernten Arbeitsmarktes,
- die institutionelle Absicherung einer Wohnungsnotfallhilfe,
- die Restituierung einer gemeinwesenorientierten Stadtpolitik und nicht zuletzt
- die systematische Beobachtung von Verarmungsrisiken mit Hilfe einer entsprechend ausgerichteten Sozialberichterstattung.



»Hiermit erkläre ich euch alle zur oberen Mittelklasse!«



## Antrag Mutter Erde Naturkost GbR

Türkenstr. 15  
66111 Saarbrücken

18. Februar 1997

Antrag auf Gewährung eines zinslosen Darlehens über 10.000 DM

Wir betreiben als Gesellschaft bürgerlichen Rechts den Naturkostladen "Mutter Erde". Die Gesellschafter sind Margrit Theis (seit 5 Jahren), Benno Kirsch (seit 3 Jahren) und Chritine Gawantka (seit 1 Jahr, vormals Angestellte der "Ringelblume").

Durch eine vorläufige Bilanz im Februar '97 mußten wir feststellen, daß unsere Ertragserwartungen für 1996 zu hoch waren. Leider hatten wir im Januar '96 die Arbeitszeiten und die Arbeitslöhne unserer Aushilfskräfte erhöht und sogar z.T. die Preise gesenkt, weil die Konkurrenz in der Stadt größer wurde. Die Umsätze sind in '96 gestiegen, aber die Ertragslage hat sich verschlechtert, wo-

durch wir zur Zeit auf einen Kontoüberziehungskredit der Saar Bank von ca. 10.000,- angewiesen sind.

Wir haben jetzt entschieden, vergebene Arbeitszeiten wieder selbst zu übernehmen, Lohnerhöhungen rückgängig zu machen und die Preisgestaltung zu korrigieren.

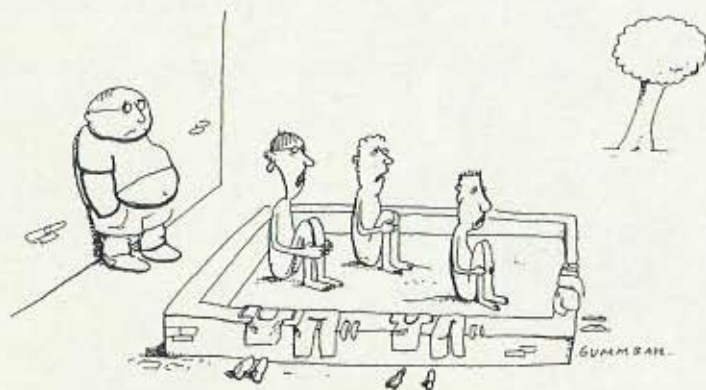
Zur Entlastung von Bankzinsen und -gebühren käme uns ein zinsloses Darlehen sehr gelegen. Die Rückzahlung wünschen wir uns ab Februar '98 in monatlichen Raten zu 200,-DM.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.: Benno Kirsch, Christine Gawantka

### Gremienvotum

Wir befürworten ein Darlehen. Die Rückzahlungsraten sollten sich zwischen 200 und 300 DM p.M. bewegen.



BERND DURFTE NIE MITMACHEN, WENN SEINE FREUNDE HUNGERSNOT SPIELTEN





## Antrag

# Antifaschistische Nachrichten Saar

### ANTRAG AN DEN FEUERWEHR-FONDS DES NETZWERKS SAAR e.V.

Wir beantragen kurzfristig die Gewährung eines Kredits ber DM 1000,- zur Vorfinanzierung der von uns geplanten Auflagensteigerung der ANtifaSchistischen NACHrichten Saar. Dafür müssen wir unsere Infrastruktur ausbauen.

Konkret wollen wir unser PC-Equipment um

- einen Laserdrucker
- Softwareprogramme für unsere ABO-Verwaltung sowie unser Layout
- Aufstockung des Arbeitsspeichers erweitern.

Außerdem benötigen wir für die Produktion der nächsten Ausgabe eine finanzielle Grundlage zum Kauf von Papier und zur Deckung der Druckkosten.

Unser Vorschlag für die Rückzahlung des Kredits ist folgender:

Das 1. Jahr wollen wir unsere finanzielle Situation konsolidieren. Deshalb käme es uns sehr entgegen, wenn wir mit der Rückzahlung im Januar 1998 beginnen können. Dann in zweimonatlichen Raten zu 100 DM.

Die ANtifaSchistischen NACHrichten Saar erscheinen seit über vier Jahren mit bisher 30 Ausgaben. Die Auflage beträgt zur Zeit 350 Exemplare, wovon der größte Teil im Saarland vertrieben wird. Außer dem Vertrieb im Handverkauf steigen unsere AbonnentInnenzahlen kontinuierlich. Bisher haben wir immer kostendeckend gearbeitet, wobei der Verkaufspreis der ANtifaSchistischen NACHrichten sich in etwa mit dem Selbstkostenpreis deckt. Die Anzeigen in der ANNA sind kostenlos und

werden von uns ausgesucht. Daneben gibt es weitere Ausgaben, die wir bestreiten müssen. Dazu gehören Büromiete, Veranstaltungen, Gefangenena-bos, Belegexemplare, Telefon- und Portokosten.

Zu unseren Einnahmen gehören der Verkaufspreis von 3 DM pro Zeitung so wie die monatlichen Beiträge der Redaktionsmitglieder. Ansonsten, und damit wollen wir auch jetzt speziell die Netzwerkmitglieder ansprechen, sind wir auf die Finanzierung von Gefangenena-bos angewiesen. Für 30 DM könnt ihr einer/einem Gefangenen den Bezug der ANNA für 1 1/2 Jahre gewährleisten.

Die Auflage der ANNA ist sehr klein. 1992 haben wir mit 100 Exemplaren begonnen. Trotz magerer Zeiten für engagierte Zeitungsarbeit sind wir voller Zuversicht, daß wir auch die nächste Auflagensteigerung bewältigen werden.

Da es ein Prinzip von uns ist, finanziell unabhängig zu bleiben, ist jede Erweiterung der ANNA ein Gang auf dünnes Eis. Das war bisher immer so!

Unser Ziel ist es, die Auflage um 150 bis 200 Hefte pro Ausgabe zu steigern. Dazu haben wir uns vorgenommen, die Verkaufsstellen besser zu betreuen und den Handverkauf über Infotische und Veranstaltungen zu steigern.

### Gremienvotum

Ein Darlehen wird grundsätzlich befürwortet, ist aber noch nicht abgerufen worden. Was genau mit dem Geld gekauft wird und wie die Gesamtfinanzierung aussieht, sollte uns noch mitgeteilt werden.



## Antrag Koordinationskreis gegen Castor

Saarbrücken, den 17.03.'97

Wir beantragen einen Zuschuß in der Höhe von 500 DM für

- die Demonstration in Gorleben im März 1997, an der wir mit 20 Personen teilgenommen haben
- eine von uns durchgeführte Demonstration in Saarbrücken am 05.03.1997, ebenfalls anlässlich des Castortransportes nach Gorleben Anfang 1997
- Flugblätter etc.
- Aktivitäten des Koordinationskreises im vergangenen Jahr.

Wir werden zu der entsprechenden Netzwerk-Sitzung erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Markus Pflüger

### Chronologischer Bericht der Anti-Atom-Aktivitäten im Saarland

Für bundesweite Aufregung sorgte am Dienstag, dem 4.2.97, die Entgleisung dreier Castorbehälter im lothringischen Grenzbahnhof Apach.

Die Evakuierung mehrerer tausend Personen wurde in Betracht gezogen, dennoch existiert bundesweit kein spezieller Katastrophenschutzplan für einen solchen Unfall. Noch am selben Abend rollte der nächste Castor in Richtung Frankreich durch Saarbrücken.

Einen Tag später hatten wir einen Infostand mit Fotos vom vorjährigen Ca-

stortransport nach Gorleben in der Saarbrücker Fußgängerzone. Die Resonanz war geringer, als wir erwartet hatten; dennoch sammelten wir ca. hundert Unterschriften gegen die ständigen Atomtransporte durch das Saarland.

Am Samstag, dem 22.2.'97, fand eine Demo durch die Saarbrücker Innenstadt statt, mit geheimen Ziel, wie bereits im Dezember '96 symbolisch ein Gleis des Saarbrücker Hauptbahnhofs zu besetzen. Aufgrund massiver BGS- und Polizeipräsenz entschlossen wir uns, lediglich eine Brücke entlang der Transportstrecke zu besetzen.

Eine Woche später startete unsere geplante Streckenbeobachtung für den aus La Hague zurückrollenden Castortransport. Wegen interner Fehlinformationen waren wir gezwungen - früher als geplant - zwei Strecken zu beobachten:

1. Saarbrücken - Mannheim
2. Saarbrücken - Trier

Dies war für uns alle sehr zermürend und zeitintensiv, vor allem, da es stark regnete und mehrfach polizeiliche Kontrollen durchgeführt wurden. Kaum von dieser Aktion erholt, beteiligten wir uns direkt im Anschluß an die Beobachtung an der Blockade in Neckarwestheim am 28. Februar.

Durch die geschickte Propaganda der Bundesregierung blieb schließlich ein Teil unserer Gruppe den geplanten friedlichen Protesten in Gorleben am Tag NIX<sup>3</sup> fern, um nicht mit dem "unappetitlichen Pack" (Kanther) in einen Topf geworfen zu werden. Aber mal im Ernst: Aus Solidarität mit den Demonstranten im Wendland, zu denen



auch ein Teil unserer Gruppe gehörte, wurde auch in Saarbrücken am Tag NIX<sup>3</sup> eine Demonstration organisiert, die großen Anklang fand. Die saarländischen Landtagsabgeordneten Peter Gillo (SPD) und Gaby Bozok (Bündnis 90/Grüne) beteiligten sich mit einem Redebeitrag an der Abschlußkundgebung.

Zu unserer Freude erfuhren wir kürzlich, daß es auch im benachbarten Lothringen eine Gruppe von Atomkraftgegnern gibt, zu der wir Kontakt suchen und mit der wir künftig zusammenarbeiten wollen. Man mutmaßt über ein geplantes Zwischenlager in Lothringen.

Abschließend möchten wir nochmals darauf hinweisen, daß das Saarland das Nadelöhr für fast alle Castortrans-

porte der BRD ist. Deshalb möchten wir alle Gruppen im süddeutschen Raum bitten, mit uns Kontakt zu halten bzw. aufzunehmen.

Koordinationskreis gegen Castor, Mainzerstr. 35, 66111 Saarbrücken, Tel. 0681-635359; Fax. 0681-61586

## Gremienvotum

Die Gremien möchten der Gruppe den Zuschuß geben.





## Protokoll der Vollversammlung am 13. November 1996 im Kultur- und Werkhof Nauwieser Straße 19, Saarbrücken

Versammlungsleitung: Rolf Laueremann

Protokoll: Axel Burmeister

### Top 1: Diskussion um Lautsprecheranlage

Dabei geht es um die Verweigerung der Ausleihe der Lautsprecheranlage zur Nutzung bei der Demonstration gegen die Abschiebung türkischer Kurden und anderer Flüchtlinge in die Türkei am 28. September 1996. Organisatoren der Veranstaltung waren u.a. AK Asyl, Aktion 3. Welt Saar und betroffene Flüchtlinge. Auf der VV sagte Bernhard Hellmanns als Mitorganisator, die Verweigerung der Ausleihe wegen der Teilnahme von SPD und CDU an der Veranstaltung sei nicht hinnehmbar. Man komme nicht umhin, mit diesen Leuten zu reden. Die Ablehnung der Ausleihe begründete Andreas von der Gruppe Basis damit, daß die Politik dieser Parteien rassistisch sei. Man habe versucht, unter den für die Ausleihe zuständigen Gruppen ein Meinungsbild zu schaffen. Das Votum für die Absage an den AK Asyl sei nicht eindeutig gewesen: Die Gruppen ANNA und basis seien gegen die Ausleihe gewesen, die Autonome Antifa und das Antirassismus-Projekt des AstA waren dagegen unentschieden. Roland von der Aktion 3. Welt Saar wies darauf hin, daß sie erst vier Tage vor der Veranstaltung von der Absage erfahren hätten. Sie fanden zwar die Entscheidung falsch, könnten aber damit leben. Nach einer intensiven und kontroversen Diskussion beschloß die VV als Konsequenz aus dem Streit folgende Maßnahmen:

a) Bei der Vergabe der Lautsprecheranlage soll künftig gelten, daß die Ausleihkriterien nicht an die Veranstaltung, sondern an die Gruppe angelegt werden.

b) Für die Ausleihe soll letztlich die Netzwerk-Entscheidung, nicht der jeweilige politische Hintergrund der Gruppen, maßgebend sein.

c) Netzwerk soll Kontrollfunktion übernehmen

d) Netzwerk soll in Grenzfällen in die Entscheidung miteinbezogen werden

e) Es gilt die Auffassung, daß die Gruppen als Vertreter von Netzwerk handeln.

### Top 2: Anträge

**Waldorfschule:** Die Entscheidung über ein Darlehen für die Waldorfschule Saarbrücken e.V. ist überflüssig geworden, da die Schule nicht Netzwerk-Mitglied werden will. Trotzdem gab es Vorbehalte, überhaupt an ein Darlehen für den Verein gedacht zu haben. Kritische Anmerkungen zur Waldorfpädagogik wurden ans Ende der VV verschoben.

**Buchladen:** Der buchladen GmbH hat eine kurzfristige "Liquiditätshilfe" als Darlehen in Höhe von 10 000 Mark beantragt. Die VV stimmt dem Gremienvotum, den Antrag zu befürworten, bei einer Enthaltung zu.

**Saarländisches Filmbüro:** Zur Zwischenfinanzierung einer AB-Maßnahme beantragt das Saarländische Filmbüro e.V. ein Darlehen in Höhe von 5000 Mark. Ein Gremienvotum lag noch nicht vor. Die VV stimmt dem Antrag bei zwei Enthaltungen zu.



**Rote Zora:** Um Liquiditätsprobleme wegen Investitionen vor dem Weihnachtsgeschäft zu überbrücken, beantragt die Buchhandlung Rote Zora in Merzig ein Darlehen von 10 000 Mark. Entsprechend des Gremiumsbeschlusses stimmt die VV bei einer Gegenstimme dem Antrag zu.

#### Top 3: Verschiedenes

**Contraste:** Es wird dazu aufgefordert, an der Zeitung für Selbstverwaltung verstärkt mitzuarbeiten. Das neue Heft sei erschienen. Außerdem gibt es das neue alternative Branchenbuch "Bunte Seiten".

**Umweltverbände:** Es wird vorgeschlagen, daß Grüne und Umweltverbände untereinander Adressen austauschen sollten. Außerdem wird ein Treffen von Vertretern der Umweltverbände einmal jährlich angeregt.

**Aktion-3.-Welt-Konflikt:** Die Aktion 3.Welt Saar informiert die VV darüber, daß der Konflikt über die Streichung der institutionellen Förderung beigelegt sei. Es wurde ein Projektantrag über 25 000 Mark bewilligt und Grundsatzpositionen der Aktion 3.Welt Saar seien akzeptiert worden. Die Rückzahlung des NW-Darlehens soll Anfang kommenden Jahres geklärt werden. Die Aktion 3.Welt Saar bedankt sich für die Solidarität.

**Sponsorenpool:** Rolf informiert die VV über die Einrichtung eines Sponsorenpools Saar. Damit soll auch kleineren Projekten der Zugang zu Sponsormitteln ermöglicht werden. Bisher wurden zwei Sponsoren gefunden. Aufforderung an die VV-Teilnehmer, nach weiteren Sponsoren zu suchen. Die Frage, ob jedes Unternehmen dem Pool beitreten könne, wurde mit Ja beantwortet. Roland (Aktion 3.Welt) möchte, daß Kriterien für die Aufnahme

gesucht werden.

**Haushaltslage:** Rolf informiert über mögliche Förderungsschwierigkeiten durch das Land an Netzwerk. Bisher erhielt NW aus einem gemeinsamen Topf von 540 000 Mark 162 000 Mark. Dieser Topf soll nun auf 430 000 Mark reduziert werden. Es droht NW eine Verringerung der Fördersumme auf 100 000 Mark. Zu diesem Thema findet am 26. November 1996 eine Pressekonferenz statt. Dabei wollen die Arbeitsloseninitiativen und Netzwerk über die Kürzungspläne informieren. Die Projekte sind aufgefordert, sich solidarisch mit den von möglichen Kürzungen betroffenen Einrichtungen, also auch mit Netzwerk, zu erklären. Eine Entscheidung über die Sparmaßnahmen wird in den nächsten Wochen erwartet.

**Waldorfpädagogik:** Andreas informiert in einem Referat über die geschichtliche Entwicklung und die Vorgaben Rudolf Steiners. Darin wird ein rassistisches Weltbild deutlich. Da die Teilnehmer der VV an dem Thema sehr interessiert sind, sie aber gegen 22.45 Uhr von der Müdigkeit überrollt werden, wird beschlossen, diesen Punkt zum Diskussionsthema der nächsten VV zu machen.



## Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V.

### Einnahmen

1. Mitgliedsbeiträge		29.963,00
2. Spenden, sonstige Einnahmen		70,00
3. Öffentliche Gelder		
Land	162.660,00	
Stadt	25.000,00	187.660,00
4. Darlehensrückzahlung		
Blattlaus	2.400,00	
Hochscheid e.V.	600,00	
Mutter Erde	2.400,00	
Nauwieser Copier&Offset	150,00	
Ohrwurm	3.000,00	
IfSF e.V.	1.000,00	
Buchprojekt M.Schroer	1.149,71	
LesbenNest e.V.	750,00	
Cafe K	1.240,00	
Zukunftswerkstatt	3.500,00	
AK Zeitprobleme	200,00	
Kino 8 ½	1.000,00	
VSJS	5.000,00	
Nauwieser 19 e.V.	14.000,00	
Solidaritätskomitee Mumia Abu Jamal	1.700,00	
Aktion 3.Welt	100,00	38.189,71
5. Saldovorträge		
Konto	17.928,88	
Kasse	252,35	18.181,23
<b>Summe</b>		<b>274.063,94</b>



## Jahresabschluß 1996

### Ausgaben

1. Personalkosten		189.457,95
2. Miete und Nebenkosten		9.459,23
3. Allgemeine Vereinskosten		947,99
4. Öffentlichkeitsarbeit		1.584,54
5. Bürokosten		4.580,56
6. Fahrtkosten, Fortbildung, Literatur		1.232,00
7. Darlehen		
Solidaritätskomitee Mumia Abu Jamal	1.700,00	
Aktion 3. Welt	3.000,00	
Multikulturelles Zentrum Trier	11.250,00	
Basis	500,00	
Saarländisches Filmbüro	5.000,00	
Rote Zora	10.000,00	
Der Buchladen GmbH	10.000,00	41.450,00
8. Zuschüsse		
Solidaritätskomitee Mumia Abu Jamal	1.150,00	
Solidarität braucht Widerstand	1.000,00	
Aktion 3. Welt	1.000,00	
Antifa	1.000,00	
Basis	1.000,00	
Infoladen Trier e.V.	1.500,00	6.650,00
9. Endbestand		
Konto	18.571,46	
Kasse	130,21	18.701,67
<b>Summe</b>		<b>274.063,94</b>



Wer sich für NETZWERK interessiert, kann mit dem unten folgenden Abschnitt oder telefonisch weitere Informationen anfordern.

Oder auch einfach mal vorbeikommen!

NETZWERK Saar  
im Kultur- und Werkhof  
Nauwieserstr. 19  
66111 Saarbrücken  
FON: 0681 / 37 15 02  
FAX: 0681 / 37 60 12

Öffnungszeiten:

Mo-Fr 10.00 bis 12.00 Uhr, 14.00 bis 17.00 Uhr

- Ich möchte weitere Informationen von NETZWERK
- Ich bin an einer aktiven Mitarbeit interessiert
- Ich möchte NETZWERK-Mitglied werden. Meinen monatlichen Beitrag von ..... DM (Mindestbeitrag 5 DM) kann NETZWERK von meinem Konto abbuchen.

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Kontonummer: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Ort, Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_